

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

I.D. Fürstin Marie und Erbprinzenpaar in Brezovica

(paf) - I. D. Fürstin Marie, S. D. Erbprinz Alois und I. K. H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein haben am Samstag an der Einweihung des Caritas-Kinderzentrums Brezovica bei Zagreb teilgenommen. Die feierliche Weihe wurde von Seiner Eminenz Dr. Franjo Kardinal Kuharic, Erzbischof der Erzdiözese Zagreb, vorgenommen, der zusammen mit dem Präsidenten der Republik Kroatien auch das Patronat über dieses Kinderzentrum hat. Nach der Hl. Messe, zelebriert von Seiner Eminenz Dr. Franjo Kardinal Kuharic, wurde die Wohnanlage offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Ein weiterer Betrag zugunsten dieses Projektes wurde an der LIHGA 1994 durch die liechtensteinischen Hilfsorganisationen gesammelt, welcher von der Regierung noch verdoppelt wurde. In diesem Zentrum mit einer Wohnfläche von 6000 m² finden all jene Kinder Aufnahme, die Opfer des Krieges wurden.

Eingehender Meinungsbildungsprozess mit Argumenten

FBP-Landesausschuss traf sich am Samstag in Schaan zu einer Klausurtagung über EWR-Beitritt und Zollvertragsanpassung



Die Mitglieder des FBP-Landesausschusses trafen sich am Samstag zu einer ganzjährigen Klausurtagung im Schaaner Gemeindezentrum Resch, um sich über das Tagungsthema EWR-Beitritt und Zollvertragsanpassung eingehend informieren zu lassen und zu beraten.



Sachliche Diskussionen, auch wenn sie in der Substanz kontrovers geführt wurden, prägen die Klausurtagung des FBP-Landesausschusses. Nicht die Herausgabe einer Parteiparole war die Absicht der Tagung, sondern der Austausch von Argumenten für die Meinungsbildung.

(G.M.) - Nicht die Herausgabe einer Parteiparole für die voraussichtliche im Dezember stattfindende Volksabstimmung über den EWR-Beitritt und die Zollvertragsanpassung war die Absicht, die hinter der Klausurtagung des FBP-Landesausschusses am Samstag stand, sondern der Austausch von Argumenten in bezug auf Vor- und Nachteile der von der Regierung betriebenen Integrationspolitik.

FBP-Landesausschussmitglieder festlegte. Im Mittelpunkt müsse die Meinungsbildung stehen, die sich aber nur aus dem Abwägen von sachlichen Argumenten herauskristallisieren könne. Nicht eine Entscheidung müsse herbeigeführt werden, die dann als Parteiparole an die Öffentlichkeit gebracht werde, sondern Entscheidungshilfen würden angeboten. Der «Tag der Argumente» diene dem Meinungsbildungsprozess und der Entscheidungsfindung.

Liechtenstein stehe vor einem schwerwiegenden Schritt in seiner Aussenpolitik, betonte FBP-Präsident Otmar Hasler in seiner Begrüssungsansprache, in der er auch das Vorgehen für die zahlreichen

Nach diesen Vorgaben wickelte sich die ganzjährige Klausurtagung des FBP-Landesausschusses ab. Nach Informationsreferaten über die liechtensteinische Aussenpolitik, die Zukunft des Eu-

ropäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und die Zollvertragsanpassung sowie nach dem Grundsatzreferat von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel über «Liechtenstein und der Europäische Wirtschaftsraum» erarbeiteten die Mitglieder des Landesausschusses in Gruppen die Vor- und Nachteile des EWR-Beitritts für Liechtenstein. Diese Aufstellungen bildeten für die abschliessende Podiums- und Plenumsdiskussion, die teilweise kontrovers geführt wurde, eine wertvolle Basisarbeit.

Den optimistischen Hoffnungen auf zusätzliche Impulse für die Wirtschaft, auf die Öffnung weiterer Märkte für die Industrie und auf eine Verbreiterung der

Möglichkeiten für die Aus- und Weiterbildung im europäischen Raum standen in den Diskussionen die pessimistischen Befürchtungen einer weiteren Überfremdung durch den freien Personenverkehr und einem «Ausverkauf der Heimat» durch den freien Kapitalverkehr gegenüber. Die Argumente dafür und dagegen, in grosser Anzahl vorgebracht, wurden sachlich gegeneinander abgewogen. Der beabsichtigte Meinungsbildungsprozess ist damit in Gang gesetzt worden und soll innerhalb der FBP fortgesetzt werden.

Mehr über die FBP-Klausurtagung auf den beiden folgenden Seiten.

SPORT AKTUELL

USV gewann Derby

Der USV Eschen/Mauren gewann gestern das Zweitliga-Fussball-Derby beim FC Balzers mit 1:0. Das alles entscheidende Tor erzielte Christian Kandelbacher in der 58. Minute. Erstligist FC Vaduz setzte sich zuhause gegen Tresa klar mit 4:1 Toren durch. Nicht gut lief es für Liechtensteins Drittligisten. Der FC Triesen erlitt in Rebstein eine böse 1:6-Schlappe, Triesenberg unterlag zuhause Rütli mit 0:1. 1:0 verlor auch der FC Ruggell in Gams und für Schlusslicht Balzers II gab es bei Leader Grabs eine 1:7-Abfuhr.

Liechtensteiner Squasher triumphierten

Liechtenstein ist Kleinstaateneuropameister im Squash! Unsere Mannschaft triumphierte in Monaco gross auf und erkämpfte sich verdienstermassen den Sieg bei der 5. Austragung dieses Turniers. Im Finale setzten sich die Liechtensteiner gegen Malta problemlos mit 5:0 durch. Mehr Mühe hatte unser Team zuvor beim 3:2 gegen Zypern bekundet. Die Freitagspiele gegen Ungarn und Monaco hingegen gewannen die Liechtensteiner ebenfalls souverän mit jeweils 5:0. Für diesen grossartigen Erfolg verantwortlich zeichneten: Ralf Wenaweser, Frank Zindel, Roger Walser, Andreas Hofer und Marc Risch. Herzliche Gratulation! Im kommenden Jahr können die Liechtensteiner nun als Gastgeber und Titelverteidiger in dieses Kleinstaatenturnier steigen.

Motocross in Triesen

Spektakulären Motocross-Sport bekamen die Zuschauer beim 12. Clubrennen des MCC Triesen zu sehen. Den Tagessieg sicherte sich der Schweizer Supercross-Meister Christian Chanton. Clubmeister wurde Pascal Frommelt aus Triesen.

Liechtenstein in zwei Wirtschaftsräumen

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel an der Klausurtagung des FBP-Landesausschusses

(G.M.) - «Was viele für unmöglich gehalten haben, ist gelungen. Der Zollvertrag konnte dergestalt angepasst werden, dass Liechtenstein seine Zollunion mit der Schweiz aufrechterhalten und gleichzeitig am Europäischen Wirtschaftsraum teilnehmen kann». Dies erklärte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel an der Klausurtagung des FBP-Landesausschusses und gab seiner Hoffnung Ausdruck auf ein positives Abstimmungsresultat: «Mit einem definitiven Beitritt zum EWR würde Liechtenstein die einmalige Chance erhalten, zwei Wirtschaftsräumen anzugehören».

Ein Nein würde unser Land in eine schwierige Lage bringen, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Thomas

Büchel. Er fügte hinzu, dass bei einer Akzeptanz der paraphierten Zollvertragsänderung durch die EWR-Staaten und einem erfolgreichen Verlauf der Gespräche über die Übergangsfristen sowohl die EWR-Staaten als auch die Schweiz alles unternehmen hätten, um dem Fürstentum Liechtenstein den Weg in den EWR zu ebneten. Ein Nicht-Beitritt würde nach seiner Einschätzung Unverständnis auslösen und bilaterale Verhandlungen Liechtensteins mit der Europäischen Union (EU) bezüglich einer anderen Integrationsform in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich blockieren.

Die vor der letzten Abstimmung diskutierte Möglichkeit eines Sonderabkommens mit der EU nach dem Vorbild

von San Marino oder Andorra ist für Liechtenstein kein gangbarer Weg. Unser Land habe mit seiner Wirtschaftsstruktur ganz andere Voraussetzungen als diese beiden Kleinstaaten mit ihrer weitgehenden volkswirtschaftlichen Monokultur.

Nach seiner Auffassung muss es Ziel der liechtensteinischen Aussenpolitik sein, speziell in der Frage der europäischen Integration einen souveränitätspolitischen Handlungsspielraum zu bewahren, um die spezifischen Standortbedingungen in Berücksichtigung der Kleinheit unseres Landes vertreten zu können. Die Standortvorteile, betonte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel mit Blick auf den Finanzdienstleistungssektor, müssten bewahrt wer-

den. Er gab sich überzeugt, dass diese Zielsetzung als EWR-Mitglied langfristig verwirklicht werden könne als mit Absicht stehen.

Es gebe viele Argumente für oder gegen einen EWR-Beitritt, meinte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel am Schluss seiner Ausführungen, doch gebe es auch eine zentrale Frage: Nämlich die Frage nach der Eigenstaatlichkeit, die Frage, wie diese Eigenstaatlichkeit am besten erhalten werden könne. Die vorliegende Doppellösung gibt Liechtenstein nach seiner Auffassung die Möglichkeit, seine Eigenstaatlichkeit in Europa zu festigen, und stellt gleichzeitig eine gute Basis dar für eine prosperierende Weiterentwicklung der Wirtschaft.

Heute wird der «Tag der Vereinten Nationen» begangen

Vor genau 49 Jahren trat am 24. Oktober die Charta der Vereinten Nationen in Kraft

(paf) - Als Tag der Vereinten Nationen wird traditionell der 24. Oktober gefeiert, an welchem vor 49 Jahren die Charta der Vereinten Nationen in Kraft trat und die Organisation formell gegründet wurde. Seit der Gründung hat sich die Mitgliederzahl fast verdreifacht, indem heute 184 Mitglieder den 53 Ländern entgegenstehen, welche am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet haben.

Am Tag der Vereinten Nationen steht die Organisation im Lichte der Anpassungen an die neuen Verhältnisse nach dem kalten Krieg. Seit dem liechtensteinischen Beitritt zu den Vereinten Nationen im Jahr 1990 sind nicht nur 26 weitere Staaten in die Organisation aufgenommen worden, es haben sich vor allem auch die Herausforderungen und Erwar-

tungen im Bereich der Sicherung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit stark erhöht. Während immer öfter der Ruf nach einem Eingreifen oder der Vermittlung durch die Vereinten Nationen bei einem bewaffneten Konflikt laut wird, sieht sich die Organisation am Rande ihrer finanziellen, logistischen und manchmal auch politischen Möglichkeiten angekommen und bemüht sich, neue Konzepte in den Bereichen der präventiven Diplomatie zu entwickeln und Regionalorganisationen wie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit Aufgaben aus dem Bereich der Friedenserhaltung und -sicherung zu betrauen. Die Tatsache, dass sich heute eine überwältigende Mehrheit von bewaffneten Konflikten nicht zwischen, sondern innerhalb von Staaten abspielen, machen

ein Überdenken der klassischen Friedenserhaltung ebenfalls notwendig. Eine Reform des Sicherheitsrates soll für eine ausgewogenere Vertretung der internationalen Gemeinschaft in diesem Gremium dienen und so die Glaubwürdigkeit der Organisation stärken helfen.

Daneben bleibt der Bereich der Entwicklung, für welchen die Vereinten Nationen seit Jahrzehnten das wichtigste Forum ist, eine der wichtigsten Aufgaben.

Das Konzept der Entwicklung ist aufgrund der gemachten Erfahrungen und im Lichte der sich wandelnden Verhältnisse kontinuierlich angepasst worden, und die allgemein akzeptierte Philosophie lässt sich heute im Ausdruck «nachhaltige Entwicklung» am kürzesten zusammenfassen. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung stellt das Individu-

um in den Mittelpunkt aller Bemühungen und anerkennt, dass eine gleichzeitige Berücksichtigung der Bereiche Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Menschenrechte notwendig ist, damit eine nicht punktuelle, sondern kontinuierliche Entwicklung gesichert werden kann. In diesem Zeichen stand die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, welche im September in Kairo abgeschlossen wurde, und auch die Grossveranstaltungen des Jahres 1995, der Sozialgipfel in Kopenhagen und die Vierte Weltfrauenkonferenz in Peking werden auf dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung aufbauen.

Am 49. Tag der Vereinten Nationen ist die Organisation bereits intensiv mit den Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zu ihrem fünfzigjährigen Bestehen befasst.